

**Gesetzentwurf**

der Präsidentin des Landtages Brandenburg

**Zweites Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes**

## **Gesetzentwurf**

### **der Präsidentin des Landtages Brandenburg**

## **Zweites Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes**

### **A. Problem**

Mit Urteil vom 22. Juli 2016 hat das Landesverfassungsgericht für Recht erkannt, dass durch

§ 19 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 Fraktionsgesetz vom 24. März 2015 (GVBl. I Nr. 7) die Gruppe in ihren Rechten aus Art. 56 Abs. 1 der Landesverfassung verletzt ist.

### **B. Lösung**

Durch die Änderung des Fraktionsgesetzes wird die verfassungsmäßige finanzielle Ausstattung der Gruppe gesichert. Die Gruppe erhält einen höheren Grundbetrag, einen ungekürzten Oppositionszuschlag sowie einen ungekürzten Mitgliederbetrag.

### **C. Rechtsfolgenabschätzung**

#### **I. Erforderlichkeit**

Die vorgelegte Änderung schafft die gesetzliche Grundlage für die verfassungsmäßig garantierte Ausstattung der Gruppe. Durch das Fraktionsgesetz ist gleichzeitig klargestellt, dass nicht die gleichen Finanzierungsansprüche wie bei einer Fraktion bestehen.

#### **II. Zweckmäßigkeit**

Das Fraktionsgesetz ist geeignet, der Gruppe eine Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen, mit der sie ihre parlamentarischen Aufgaben abdecken kann.

#### **III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung**

Durch die höhere finanzielle Ausstattung wird die Gruppe in die Lage versetzt, die personelle Ausstattung zu erhöhen. Dies führt zu einem größeren Betreuungsaufwand durch die Landtagsverwaltung.

### **D. Zuständigkeiten**

Präsidentin des Landtages

## **Gesetzentwurf für ein**

### **Zweites Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes**

**Vom ...**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel 1**

##### **Änderung des Fraktionsgesetzes**

Das Fraktionsgesetz vom 29. März 1994 (GVBl. I S. 86), das zuletzt durch das Gesetz vom 24. März 2015 (GVBl. I Nr. 7) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 19 Absatz 1 Nummer 1, 2 und 3 wird wie folgt gefasst:
  - „1. der Grundbetrag beträgt bei Gruppen 60 Prozent des einer Fraktion zustehenden entsprechenden Betrages;
  2. der Betrag pro Mitglied und der Oppositionszuschlag gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 beträgt bei Gruppen 100 Prozent des einer Fraktion zustehenden entsprechenden Betrages;
  3. die §§ 4, 5, 6, 7 Absatz 1, 2 und 4 sowie die §§ 8 bis 12 gelten entsprechend;“.
2. Nach der Überschrift zu Abschnitt 5 wird folgender § 20 eingefügt:

„§ 20

##### **Übergangsregelung**

Eine Gruppe kann gemäß § 5 in Verbindung mit § 19 Absatz 1 Nummer 3 für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 jeweils eine Rücklage von 100 Prozent der in den Haushaltsjahren nicht verausgabten Mitteln bilden.“

3. Der bisherige § 20 wird § 21.

#### **Artikel 2**

##### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2016 in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Britta Stark

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

Mit der Änderung wird dem Urteil des Verfassungsgerichtes vom 22.07.2016 Rechnung getragen, die Finanzierung der Gruppe durch das Fraktionsgesetz neu zu regeln.

### **B. Besonderer Teil**

#### Zu Artikel 1 Nummer 1:

Das Landesverfassungsgericht hat festgestellt, dass bei „der Bemessung der Zuschüsse zugrunde legen (ist), dass Fraktionen und Gruppen prinzipiell demselben Zweck dienen, nämlich der gemeinsamen Verfolgung politischer Ziele und der arbeitsteiligen Bewältigung der vielfältigen Aufgaben des Antragsgegners“ und sich Unterschiede daraus ergeben, „dass den Fraktionen einzelne Rechte durch die Verfassung vorbehalten werden und Abgeordnetenzusammenschlüsse wegen ihrer geringen Größe nicht alle Aufgaben in demselben Umfang ausführen können, wie dies den Fraktionen möglich ist.“

In der Konsequenz ergibt sich daraus, dass sich eine Entscheidung über das Verhältnis des Grundbetrages für eine Gruppe zu dem einer Fraktion zu zahlenden Grundbetrag primär an den nach Fraktionsgesetz und Geschäftsordnung variierenden Aufgaben im Vergleich zu einer Fraktion ausgerichtet werden muss. Relevant hierbei sind insbesondere die geringere Zahl der zu betreuenden Fachausschüsse (3 statt 14), die fehlende bzw. eingeschränkte Mitwirkung in anderen parlamentarischen Gremien (beispielsweise PKK, Präsidium, Enquete-Kommission) geringere Redezeiten im Plenum (ca. 50 Prozent der Zeiten der kleinsten Fraktion) und der damit verbundene eingeschränkte inhaltliche und administrative Aufwand.

Unter Zugrundelegung dieser Maßstäbe haben die Fraktionen ihre eigenen Arbeitsaufgaben analysiert und der Präsidentin mitgeteilt, dass sie aus dieser Analyse abgeleitet eine Reduzierung des Grundbetrages zwischen 40 und 50 Prozent gegenüber dem einer Fraktion für angemessen halten.

Die nunmehr vorgesehene Festlegung des Grundbetrages von 60 Prozent des Grundbetrages einer Fraktion geht weiterhin von folgenden Überlegungen aus:

Hinsichtlich der Organisation der Arbeitsabläufe und ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung unterscheiden sich Fraktionen, wenn nicht im Grundsatz, so doch im Detail, sodass kein einheitlicher für alle Fraktionen gültiger Prozentsatz für „allgemeine“ Fraktionsaufgaben in Ansatz gebracht werden kann. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass bei einem 55prozentigen Grundbetrag die reduzierten Aufgaben der Gruppe in angemessener Weise finanziert werden können. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass der Zugriff auf die begrenzten Ressourcen des Parlamentarischen Beratungsdienstes einer Quorenregelung unterliegt. Da die Gruppe den Parlamentarischen Beratungsdienst aus diesem Grund nicht allein in Anspruch nehmen kann, ist dies beim Grundbetrag zu berücksichtigen. Die vom Parlamentarischen Beratungsdienst für die Fraktionen erstellten Gutachten ent-

sprechen bezogen auf die Personalkosten einem durchschnittlichen „geldwerten Vorteil von 30.000 € pro Fraktion und Jahr, das entspricht ca. 5 % des jährlichen Grundbetrages. Bezogen auf den reduzierten Grundbetrag für Gruppen würde dementsprechend eine Erhöhung um weitere 3,75 % den Personalkostenvorteil ausgleichen. Da Gruppen solche gutachterlichen Aufgaben wohl eher durch Externe erledigen lassen werden, ist ein bei externen Gutachten zu veranschlagender Sachkostenaufschlag und damit eine Erhöhung des Grundbetrages um insgesamt 5 Prozent gerechtfertigt.

Soweit eine Gruppe nicht die Regierung trägt, ist sie der Opposition zuzurechnen. Aus dem Recht auf Chancengleichheit nach Art. 55 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg sind die Vorteile der die Regierung tragenden Mehrheiten auszugleichen. Dies geschieht hier mit dem ungekürzten Oppositionszuschlag. Ebenso erhält die Gruppe einen ungekürzten Mitgliederbetrag. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass der Informations- und Abstimmungsaufwand in der Gruppe ebenso wie in einer Fraktion abhängig ist von der Anzahl der Mitglieder.

Mit dem aufgenommenen Verweis auf § 5 wird klargestellt, dass auch für die Gruppe die Befugnis auf Rücklagenbildung in Höhe von bis zu fünfunddreißig Prozent über die einzelnen Jahre der Wahlperiode hinweg besteht.

#### Zu Artikel 1 Nummer 2:

Durch die Regelung wird verhindert, dass nachträglich ausgereichte Mittel, die in der verbliebenen Zeit bis zum Jahresende nicht mehr sachgerecht ausgegeben können, zurückzuerstatten sind. Ein Anspruch auf Rückerstattung wäre unbillig, da bei einer großen Nachzahlung zu erwarten steht, dass die Mittel nicht bis zum Ende des Haushaltsjahres sachgemäß verbraucht werden.

#### Zu Artikel 1 Nummer 3:

Redaktionelle Änderung

#### Zu Artikel 2:

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Stark